

Die „Grenzpolizei“ enthält... Besondere Expedition und Verlag: Berlin 42, Breite Straße 40

Die schmerzhaften... Fernsprecher: Zentrum 152 30-152 39

GRENZPOLIZEI

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der französische Militarismus

Drohrede des Kriegsministers

CC. Paris, 16. März.

In der heutigen Sitzung der französischen Kammer... Die Regierung sei entschlossen, die Dienstzeit, wenn möglich, in weitestgehender Weise herabzusetzen...

daß Deutschland seine politische Einheit bewahrt habe, und so ständen 40 Millionen Franzosen 60 Millionen Deutsche gegenüber...

Die Rede des französischen Kriegsministers ist ein Erfolg der deutschnationalen Revanchehysterie... Die Rede des französischen Kriegsministers ist ein Erfolg der deutschnationalen Revanchehysterie...

Die Volksschule in Preußen

Von H. Kollmann, M. d. L.

Die Schule ist ein Politikum. Wenn dieses Wort, das Maria Theresia geprägt haben soll, so zu verstehen ist, daß jede Partei ihren politischen Einfluß dazu benutzt...

Als im Herbst vorigen Jahres die große Koalition in Preußen Laifache zu werden drohte, da hat es wohl kein wahrer Kulturfreund für möglich gehalten, daß die Sozialdemokratie sich bereit finden würde...

Nun, Herr Dr. Voelky ist seit einem halben Jahre Minister und hat nun schon zweimal den Etat seines Ministeriums im Landtage vertreten...

Es sind sich alle Parteien, die in der Koalition sind, darüber klar, daß die Koalition von jeder Partei Opfer fordert... Die Koalition heißt Arbeitsgemeinschaft, nicht Gesinnungsgemeinschaft...

Wenn man diesen Gedankengängen des Herrn Ministers Dr. Voelky ganz harmlos und unbefangen folgt, so könnte man zu der Ansicht gelangen, daß tatsächlich alle zur Koalitionsregierung gehörenden Minister als Vertreter ihrer Partei in gleichem Maße in ihrer Nationalkraft geschwächt sind...

Bei der jetzigen politischen Lage kommt es gar nicht darauf an, ob ein Minister es fertig bringt, wenigstens mit Worten seine ganze politische Vergangenheit als Abrenedener zu verurteilen, sondern für uns sind die praktischen Auswirkungen der Koalitionspolitik das Entscheidende...

Die Entwaffnung Deutschlands

Ein neuer Notenwechsel

In den heutigen Morgenblättern wurde der Wortlaut einer neuen Note veröffentlicht, die der französische Botschafter Laurent im Namen der Vorkonferenz der deutschen Regierung überreicht hat...

Die deutsche Regierung wird schließlich in dringender Form auf diese Lage aufmerksam gemacht und es wird von ihr gefordert, den Praktiken ein Ende zu machen, die auch wenn sie von untergeordneten Behörden begangen sind, doch unter die Verantwortung der Regierung fallen...

Der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Rathenau hat darauf am 16. März den Vorsitzenden der Interalliierten Militärkommission, General Nollet, eine ausführliche Antwortnote überreicht...

1. Beschränkung der staatlichen Polizei auf den im Jahre 1913 vorhanden gewesenem Stand. 2. Beseitigung der Nachricht- und Kraftfahrformationen, der Luftfahrüberwachungsabteilungen und aller anderen sogenannten „festen Verbände“...

Die deutsche Regierung antwortete darauf sehr ausführlich, daß den Verpflichtungen hinsichtlich der Umstellung der Schutzpolizei nachgekommen sei...

handen gewesen. Die Zusammenfassung der Polizei zu festen Verbänden werde bedingt durch die innere schwierige Lage Deutschlands. Die Erfahrung habe gelehrt, daß eine im Einzeldienst aufgelöste Polizei im Falle größerer Unruhen nicht eine Stütze, sondern eine Gefahr für den Staat bilde...

Zum Schluß wird in der deutschen Antwortnote erneut der feste Wille der Reichsregierung bekundet, an der bisher gehandhabten loyalen Erfüllungspolitik festzuhalten. Die deutsche Regierung macht eine Reihe von Vorschlägen, um den Forderungen der Interalliierten Kommission soweit wie möglich gerecht zu werden...

1. Die Zahl der festen Verbände innerhalb des Deutschen Reiches wird erheblich verringert. 2. Sämtliche Nachrichten- und Kraftfahrformationen, sowie die Luftfahrüberwachungsabteilungen werden aufgelöst, soweit sie noch in einzelnen Ländern vorhanden sind...

Die hier in großen Zügen angeordnete Umorganisation der Polizei könne aber nur allmählich und unter Berücksichtigung der an die Polizei gestellten Aufgaben durchgeführt werden. Die Rechtsstellung der einzelnen Beamten und die finanzielle Belastung des Haushalts des Reichs, der Länder und der Gemeinden müsse bei der Umstellung gleichfalls berücksichtigt werden...

Ohne Zweifel sind seit dem Kapp-Putsch wesentliche Umstellungen der Polizei vorgenommen worden. Ihr militärischer Charakter ist aber noch nicht restlos beseitigt. Und zwar geht dieser militärische Charakter nicht lediglich aus der Kasernierung und aus der Zusammenfassung in feste Verbände hervor...

Die deutsche Regierung kann diesen Schwierigkeiten am besten aus dem Wege gehen, wenn sie die Polizei dem Sinne ihrer öffentlichen Aufgabe entsprechend endlich kommunalisiert. Das Gespenst der inneren Unruhen, das bei dem letzten Beseitigen immer wieder an die Wand gemalt wird, verlagert langsam in seiner Wirkung...

Vor der Konferenz von Genua

Italien trifft alle Vorbereitungen

London, 17. März.

Reuter meldet von amtlicher italienischer Seite, daß trotz der Tendenz von gewisser Seite, kaltes Wasser über die Genueser Konferenz zu gießen, die italienische Regierung die Vorbereitungen für diese internationale Zusammenkunft eifrig betreibt. Das Generalsekretariat ist jetzt von Rom nach Genua übersiedelt, und alles wird für die Eröffnung am 10. April bereit sein. Es ist endgültig festgesetzt worden, daß der neue italienische Ministerpräsident de Facta den Vorsitz führen wird, und daß mit ihm zur Konferenz der italienische Außenminister, der Finanz- und der Handelsminister gehen werden. Nach der formellen Eröffnung am 10. April wird eine Anzahl von Ausschüssen gebildet werden die ihre Arbeit ununterbrochen aufnehmen, und dann der Konferenz Bericht erstatten werden.

Der Zeitpunkt (20. März) für den Beginn der Vorkonferenz der Sachverständigen in London bleibt, wie Reuter weiter erzählt, ebenfalls bestehen. Alle Sachverständigen von auswärts werden Sonntag in London erwartet. Die erste Zusammenkunft ist für 11.30 Uhr im Handelsamt festgesetzt. Auf dieser Konferenz werden die Finanzdelegierten über die Ergebnisse ihrer früheren Zusammenkünfte berichten, und die Fragen zur Kenntnis geben, die sie in Genua zur Erörterung vorbringen werden, und die Entschlüsse mitteilen, die sie einbringen wollen. Auf britischer Seite sind ebenfalls alle Vorbereitungen getroffen, damit die britische Mission in der ersten Aprilwoche abreisen kann, um zu dem Eröffnungstage in Genua einzutreffen.

Die Vorbereitungen in London

Paris, 16. März.

Der Direktor für Handelsangelegenheiten im Ministerium des Auswärtigen Seydoux und die französischen Sachverständigen werden Paris am Sonnabend verlassen, um sich nach London zu begeben, wo am 20. März die vorbereitende technische Prüfung der auf die Tagesordnung der Genueser Konferenz zu behandelnden Probleme beginnen soll. Die den französischen Sachverständigen gegebenen Weisungen werden genau im Sinne der Denkschrift Poincarés gehalten sein.

Teilnahme des Völkerbundes?

Paris, 16. März.

Der Völkerbundsrat wird demnächst in Paris zusammentreten, um sich mit der Teilnahme des Völkerbundes an der Genueser Konferenz zu beschäftigen.

Vorkonferenz der neutralen Staaten

Bern, 16. März.

Zu der Davos-Meldung aus Madrid, wonach die spanische Regierung von der schweizerischen Regierung eine Einladung erhalten habe, in Bern mit anderen neutralen Staaten zu einer Konferenz zusammenzutreten zur Prüfung der Frage, ob eine Beteiligung an der Genueser Konferenz zweckmäßig sei, erzählt die schweizerische Depesch-Agentur von ausländischer Stelle, daß diese Meldung ungenau ist. Eine Einladung der Schweiz zu einer Konferenz liegt keineswegs vor. Der Bundesrat ist allerdings der Ansicht, daß ein Gedankenaustausch unter den neutralen Ländern wünschenswert ist, und die spanische Regierung hat dieser Auffassung beigepflichtet. Das politische Departement wird wahrscheinlich in den nächsten Tagen eine Mitteilung über diesen Gegenstand veröffentlichen. Die in Stockholm residierenden diplomatischen Vertreter der neutralen Staaten wurden andererseits von Ministerpräsident Branting auf nächsten Sonnabend zu einer ersten Vorbesprechung bezüglich der Genueser Konferenz eingeladen. An dieser Vorbesprechung werden

aufser Schweden, Norwegen und Dänemark auch Spanien, Holland und die Schweiz teilnehmen. Bei diesem Anlaß wird auch die Frage der Einberufung einer Vorkonferenz der Neutralen erörtert werden.

Die Reparationsanleihe Herabsetzung der deutschen Schuld

Paris, 16. März.

Der „Temps“ behandelt in seinem heutigen Leitartikel die Frage der deutschen Reparationsanleihe. Er erklärt, daß die Finanzkonvention vom 11. März 1922 das System der Gutscheine aufhebt. Die alliierten Regierungen sind aber auf das Anleiheproblem zurückgekommen. Der „Temps“ sagt weiter, daß, wenn man zu irgendeinem Finanzier von einer solchen Anleihe spreche, niemand davon etwas wissen wolle, da Deutschland gegenwärtig eine Schuld von 132 Milliarden hat. Dieser Standpunkt wird besonders von der Bank von England unterstützt, wahrscheinlich mit der Genehmigung des britischen Schatzamtes. Diese Stellungnahme der Bank von England hat Deutschland dazu veranlaßt, ein Memorandum zu verlangen. Man wird daher wohl erst eine Reduktion der deutschen Schuld fordern. Dies ist in dem Anleiheentwurf der englischen Regierung auch vorgesehen, indem nur 45 Milliarden zur Bezahlung veranschlagt sind, während der Rest durch die Aufhebung der alliierten Schulden ausgeglichen würde. Der „Temps“ fordert aber, daß diese Aufhebung der alliierten Schulden dem Anleiheprojekt vorausgehen müsse; wenn Amerika in dieser Beziehung einlenke, müsse aber England mit dem Beispiel vorangehen oder auch Frankreich könnte sofort sein Guthaben bei Italien in Obligationen der Serie C umwandeln. Um diese Geldverleiher sicherzustellen, spricht man von der Verpfändung der deutschen Zollereinnahmen. In diesem Falle aber hätten die Alliierten ihren Einfluß und im notwendigen Falle ihre Macht anzuwenden, um diesem Recht der Geldverleiher auch Achtung zu verschaffen.

Ein neuer Umsturz in Fiume

Rom, 17. März (Intel).

Gestern früh wurde in Fiume der Nationale Verteidigungsausschuss durch eine Verordnung des Militärrats für aufgelöst erklärt. Es heißt in der Verordnung, daß der Nationale Verteidigungsausschuss seine Aufgabe bereits erfüllt und der Militärrat die Macht wieder an sich genommen habe und die Regierungen der alliierten Mächte entgegenzuführen. Der Militärrat verhängte den Ausnahmezustand und gab dem Oberleutnant Cabrana besondere Vollmachten. Nach 10 Uhr abends ist jeder Verkehr auf den Straßen verboten. Dessenlche Lokale müssen bereits um 9 Uhr abends schließen. Die Benutzung von Automobilen und Fahrrädern ist nur mit Genehmigung des Militärrats gestattet. Die Legionäre haben das Stadthaus und das Telegraphenamt mit Maschinengewehren besetzt. Die Absetzung des Nationalen Verteidigungsausschusses und die Übernahme der Macht durch den Militärrat vollzog sich in vollster Ruhe.

Tri, Mailand, 16. März.

Der Leutnantleutnant Cabrana, der gegenwärtig in Fiume die Macht an sich gerissen hat, bemüht sich, eine provisorische Regierung zu bilden, löst aber hierbei auf den Widerstand der Faschisten. Wie es heißt, hat er sich die Unterstützung eines ehemaligen Mitgliedes der Regierung Bonello und eines Nationalisten gesichert. Noch kam die Bildung eines Triumvirats nicht zustande.

Strenges Urteil gegen Verhelot. Poincaré gab dem französischen Ministerrat das Urteil gegen Philippe Verhelot bekannt, das aus Verletzung in den Zustand der Inaktivität auf

eine Dauer von zehn Jahren lautet. Dieses außerordentlich strenge Urteil hat in französischen politischen Kreisen allgemeines Aufsehen erregt, da nach den geltenden Bestimmungen die Möglichkeit bestand, diese Frist auf nur fünf Jahre zu beschränken.

Der Industriekonflikt in England

London, 17. März (Intel).

Die Vertreter der Gewerkschaften hatten gestern eine Besprechung mit Chamberlain, in deren Verlauf sie die Einsetzung eines Schiedsgerichts in der Frage der Aussperrung in der Metallindustrie verlangten. Chamberlain erklärte nach einer kurzen Rücksprache mit den übrigen Regierungsmittgliedern, daß die Regierung zu einer Intervention in den Konflikt im gegenwärtigen Augenblick außerstande sei, da sie Gefahr laufen würde, partiell genannt zu werden. Die Regierung werde das Ergebnis der Urabstimmung, die gegenwärtig unter den nichtqualifizierten Arbeitern vorgenommen wird, abwarten. Das bedeutet, daß vor dem 25. März ein Eingreifen der Regierung nicht zu erwarten ist.

Um die Beforderungsvorlage Dauerfixierung des Stadtparlamentes

Bei Eröffnung der Sitzung der Berliner Stadtverordneten am Donnerstag ehrte die Verlesung des Andenkens des verstorbenen Dr. Albert Leo v. Der Dringlichkeit zweier Anträge der SPD. wurde von den Berlinerischen widersprochen, und es wurden eine Reihe von Vorlagen ohne Debatte verabschiedet. Ueber die Magistratsvorlage bez. die Erteilung der Erlaubnis zur Vornahme privater Untersuchungen unter Benutzung von Einrichtung und Hilfsmitteln in den städtischen Krankenhäusern berichtete Genosse Dr. Wenl. Die Versammlung erlaubte durch Beschluß den Magistrat um eine neue Vorlage, in der gewisse Richtlinien ihre Berücksichtigung finden sollen.

Hierauf wurde in die zweite Beratung über die Vorlage bez. Schaffung einer

Befeldungsordnung der Beamten und Festangestellten der Stadt Berlin und der Befeldung der III. Berliner Magistratsmitglieder

eingetreten.

Stadt v. Kunze (SPD.) gab den Bericht über die Verhandlungen und Beschlüsse des Ausschusses. Durch die außerordentliche Unruhe der Herren Stadtväter, die sich in Gruppen und Gruppen begrüßen und unterhielten, konnten die Ausführungen des Ausschussberichtsleiters auf der Preistribüne nur bruchstückweise verstanden werden. Ein sonderbares Interesse, daß die bürgerliche Mehrheit der Vorlage entgegenbrachte. Der Oberbürgermeister und der Stadtkämmerer erzählten sich, nach ihren fröhlichen Gesichtern zu schließen, Anekdoten. Die Linke forderte durch wiederholte Zwischenrufe Ruhe. Herr Caspari, seines Zeichens Vorleser, glaubte, daß diese Zwischenrufe von der Tribüne kamen und drohte, die Tribüne räumen zu lassen. Es geht doch nichts über Schnell! Auf seinen Jertum aufmerksam gemacht, wollte er durch Verwarnung der Zwischenrufer seinen Fehler wieder gut machen. Dabei raffelte er mit der Linke zusammen, die lärmlich Ruhe zu schaffen forderte. Der Zwischenfall änderte nichts an dem unwürdigen Verhalten der stets so auf Würde pochenden bürgerlichen Mehrheit, die Herrschaften hielten weiter Kaffeeklatsch.

Zu den Beschlüssen des Ausschusses sind von den verschiedenen Fraktionen zahlreiche Änderungsanträge eingegangen.

Stadt v. Richter (DnA.): Angesichts der großen Anforderungen, die an die Beamten gestellt und von diesen in treuer Pflichterfüllung überwunden werden, haben die Beamten auch das Recht, daß man ihren Bedürfnissen und Wünschen soweit als möglich Rechnung trägt. Seltener Fraktion erscheine es sehr zweifelhaft, ob es in der jetzigen Zeit im Interesse der Stadt und des Oberbürgermeisters selbst liege, eine große Dienstwohnung zu schaffen. Das sei eine spätere Sorge. Man sollte daher die Dienstwohnung aus der Befeldungsordnung herauslassen.

In demagogischer Form pouffierte alsdann Anknüpfung die Beamten. Er forderte die Befeldung der Beamten in Gold-

mark.

Stadt v. Lange (Z) sprach sein lebhaftes Bedauern aus, daß in die bisher rein sachlichen Verhandlungen durch die geradezu typische Propaganda und Heerde des Vorredners Unruhe in die Beamtenschaft hineingetragen werde (sehr lebhaft Zustimmung). Der Stadtverordnete Kunze habe mit seiner Rede bewiesen, daß er von den Verhandlungen des Ausschusses keine Ahnung habe. Der Ausschuss sei bei vielen Gruppen über das hinausgegangen, was er nach dem Sperrgesetz hätte tun dürfen.

Es entwickelte sich dann eine lange Geschäftsordnungsdebatte über einen vom Stadt v. Egnern (Vo.) gestellten Antrag, mit Rücksicht auf einen von deutschnationaler Seite erstellten, anscheinend grundsätzlichen Antrag (durch die große Unruhe unverstänlich geblieben), die Sitzung auf eine halbe Stunde zu verlagern, um den Fraktionen die Möglichkeit zu geben, hierzu Stellung zu nehmen. Der Antrag von Egnern wurde schließlich abgelehnt.

Dann ging die Aussprache über die Zweckmäßigkeit oder Unzweckmäßigkeit einzelner Befeldungsgruppen, über die als sozial bedingte Vorlage, die durch die parallele Vorlage im Reich und Staat bedingt sei, die Notwendigkeit eines Kampfes gegen das Sperrgesetz, die weitere Notwendigkeit einer Herabminderung der anfänglichen Erwartung in den 12 Gruppen auf ein Mindestmaß usw., noch lange Zeit weiter. An der Erörterung beteiligten sich noch die Stadtverordneten Jurck (Vo.), Dr. Lehmann (SPD.), Stadtsyndikus Parns, der dringend die Annahme der Beschlüsse des Ausschusses empfahl, da die Annahme der Änderungsanträge grundsätzlicher Natur bestimmt von der Aufsichtsstelle nicht genehmigt werden würden, ferner Genosse Schmidt (USP.), der die Stellung unserer Partei darlegte.

Er stellte einleitend fest, daß es unserer Fraktion im Gegensatz zu anderen Parteien, nicht darauf ankomme, sich um die Gunst bestimmter Beamtengruppen zu bewerben. Den Bürgern sowohl als auch den Reichssozialisten und Kommunisten hielt unser Redner den Spiegel der Ausschussberatung vor. Das warme Herz für die Beamten entdeckten sie erst sehr spät, und ganz besonders erst im Picum. Eine solche unehrliche Demonstrationspolitik lehne die USP. ab. Die Ausführungen unseres Redners waren verschiedene Herren alles andere als annehmlich, und so verurteilten sie durch lebhaften Zwischenruf Genossen Schmidt das Konzept zu verderben. Damit machten sie aber außerordentlich schlechte Erfahrungen. Rühmel-Punkte, Franz Krüger und andere wurden ständig abgelehnt. Nachdem Genosse Schmidt unsere grundsätzliche Stellung bekräftigt hatte, übertrug er die Anträge unserer Fraktion. Er wandte sich gegen den Versuch einer unerschöpflichen Behauptung der Interessen und vor aus verletzlichen Kreisen stammenden Stadtväter. Das Gehör des Oberbürgermeisters lehne die USP. wegen ihres Haltens in der letzten Zeit ab. Rühmel müsse unsere Fraktion die Gehaltspositionen der früheren Bürgermeister, Gemeindevorsteher usw. ablesen, für die ohne jede Genesung 61 Millionen an März veranschlagt seien.

Nach weiterer Debatte, die sich bis gegen 11 Uhr hinzieht, wurden die Befeldungsordnung der Beamten über die Befeldungsordnung in die einzelnen Befeldungsgruppen, sowie die Vorlage über die Befeldung der III. Berliner Magistratsmitglieder in der letzten Sitzung am 17. März angenommen. Sozialistisch. Anträge, die wesentliche Bestimmungen enthalten, verfehlte Mehrheit der Fraktion durch die bürgerliche Mehrheit. Schluß 12.15 Uhr nachs.

lieren, wenn auch ohne Behandlung eines religiösen Stoffes. Aber selbst in der Auswahl nach den Gesichtspunkten Darlaubs hätte Morgner, der sicher der stärkste religiöse Künstler unserer Zeit war, nicht vergessen werden dürfen.

Trotzdem hat das Buch einen bleibenden Wert nicht nur für die Zeitung der Gegenwart, sondern auch für das Verständnis der Vergangenheit, besonders des 19. Jahrhunderts und vor allem auch für die Gegenwartsbildung der mutmaßlichen Zukunftsentwicklung, für die Darlaub aus den zutage getretenen Gegenwärtigen Erscheinungen auf allen Gebieten in ganz ausgerechneter und durchaus richtiger Weise Möglichkeiten schaut. Besonders lichtvoll sind die Ausführungen über die Stile der einzelnen Kunstströmungen und die überall bis in das Tiefste hineinbringenden Würdungen der einzelnen Künstler. Das Buch wird so nicht nur für das Verständnis der religiösen Kunst, sondern auch als Einführung in Kunst und Geist unserer Zeit wertvolle Dienste leisten.

H. Hoffmann

Rafael Seligmann: Mensch und Welt. Versuch einer neuen Metaphysik auf erkenntnistheoretisch-psychologischer Grundlage. Weltverlag, Berlin 1921.

Die letzte bedeutende Metaphysik stammt von Bergson, den Seligmann im Rahmen dieser Auflage auch einmal mit Hochachtung und an der betreffenden Stelle nicht ganz mit Unrecht anpreist. Aber Seligmann ist für einen Metaphysiker nicht tief, für einen Logiker nicht richtig genug. Vieles von dem, was er vorbringt, ist Philosophie mit ungenauen Begriffen; Rehmke, Nelson widerlegen ihn mehrfach schon in seinen Fragestellungen, ohne daß ich freilich sagen könnte, ob Seligmann, der ein Absonderliches Simmels zu sein scheint, diese kennt und ihre Gegenstände sich vorgelesen hat. Das Buch ist sauber geschrieben; man freut sich, daß Seligmann über den alten Verstand, noch mehr, daß er über den neuen, weit unbedeutenderen Verstand, Ernst macht, hinaus ist; aber man ist entsetzt zu hören, daß alle menschlichen Bestrebungen das Prinzip der Lust als Richtschnur haben sollen, in dem Sinne, daß nichts Derartiges angestrebt werden darf, was den Charakter der Lust nicht vermindert. Was will nun Seligmann mit einer solchen Richtschnur anfangen, wenn er auf einer Insel mit vielen Menschen und zu wenig Lebensmitteln für diese die Lebensmitteldistribution bewerkstelligen soll? Nach seinem Prinzip kann er dann eine n Menschen ernähren und die anderen verderben lassen, mit der Begründung, daß so doch wenigstens einer Lust hat, während bei einer gerechten, nämlich gleichen Verteilung alle gleichmäßig in den Zustand der Unlust veretzt werden.

Seligmann Falkenfeld

Die sechsen erschienene Nr. 10 des „Sozial“ enthält folgende Beiträge: Ein erster Schritt von Rub. Dreißheid; Genua und die Folgen von H. R. Prallster; Juden und Traber in Palästina von S. Kaplanitz; Müssen eines bayerlandischen Wesen von Arthur Crispian; USP. und Koalitionspolitik von Franz Künster; Wider den Vulgarmarginalismus von Gerhard Seger.

Luzia Heyn: Die Gartenarbeitschule. Verlag Ferdinand Hirt, Breslau. 20 Pfennig.

Es bedurfte des weiterkämpfernden Völkerrückes, um eine so kleine Wirkung wie die der Entstehung der Gartenarbeitschule in Neudöln auszulösen. Gemüsegartenarbeit von Volksschülern als eines der vielen Mittel, die Folgen der Hungerkataste zu mildern, gab den Anstoß, die Beobachtung, die Heyn über den erheblichen Einfluß der Gartenarbeit an kleinen eigenen Kindern gemacht hatte, den pädagogischen Impuls. So entstand die Gartenarbeitschule als Ergänzung zum Schulunterricht im Schulhaus, als erster handgreiflicher Schritt auf dem Wege zur Produktionschule. Es spricht hier nicht ein Schulmeister, sondern ein nüchtern-Realpolitiker, der auch den finanziellen Schwierigkeiten Rechnung trägt und mit Zahlen und Tatsachen an der Hand aufweist, mit wie kleinen Mitteln wahrhaft große Erfolge erzielt werden können. Ausführliche Stundenpläne der Gartenarbeitschule, in der 145 Volksschulen mit 2000 Kindern beschäftigt waren, Stoffeinstellungspläne und eingehende Lehrberichte und Illustrationen machen das Büchlein noch lesenswerter und reizen die Schulen zur Nachahmung. Es wäre unbedingt darauf zu dringen, daß alle Gemeinden Groß-Berlins bereits jetzt im Winter die Möglichkeit in Erwägung ziehen, im Frühjahr dem Beispiel Neudölns zu folgen. Den sozialistischen Abgeordneten sei dies besonders ans Herz gelegt.

L. R.

Passar-Cohn: Chemie in einer Stunde. Zellenbücherei. Dürr u. Weber, Leipzig. 1920. 6.50 Mark.

Es mag als ein Wagnis erscheinen, ein so umfangreiches Gebiet wie das der Chemie in „einer Stunde“ besprechen zu wollen, und nach unserem Empfinden ist dieses Wagnis auch kaum voll gelungen, trotzdem sich der als Popularisator bestbekannte Autor auf die Chemie der Steinkohlen, des Holzes, der Düngung und des Harnes beschränkt. Ein Mensch der gar nichts von Chemie weiß, wird von der systemlos dargestellten Fülle des Stoffes erdrückt und verwirrt werden, einem, der Vorkenntnisse besitzt, wird er ungenügend geben Chemie in einer Stunde kann nur feilheitlich behandelt werden, und für ein Feuilleton steht zuviel in dem Büchlein. Beschränkung des Stoffes oder weitere Ausgestaltung des Behandelten wäre notwendig gewesen, um ein Zwittemerz zu vermeiden. Ruh denn Chemie in einer Stunde verschlungen sein?

X. K. J.

Wichtige Neuerscheinungen

Ernst Robert Curtius: Der Schriftstellerschicksal. Verlag Ferdinand Hirt, Breslau. 20 Pfennig.

Hans Leisler: Lebenshilfe Selbstporträt. Verlag für Politik und Wirtschaft, Berlin. 72 Seiten. 20 Pf.

Freiheit - Jahrbuch für das arbeitende Volk 1922. Verlag Volkshilfe, Berlin.

Grundriss der Biologie. Fortschritt im Weltanschauungsamt. Mit 56 Abbildungen im Text und drei farbigen Tafeln. 241 Seiten. Groß. 8 Mk. 12 Pf. Verlag von Julius Springer, Berlin.

Johannes Hoffmann: Schule und Lehrer in der Reichsrepublik. 112 Seiten. Preis 10 Mk. Verlag J. B. W. Bach, Stuttgart. Buchhandlung Herder, Berlin.

Sozialpolitik: Sozialismus und Religion. Verlag Reichsverband der proletarischen Parteien Deutschlands, Dresden. 1. & 2.

Lebensnot in Berlin

Wiederholt haben wir darauf hingewiesen, welche schweren gesundheitlichen Gefahren für die Berliner Bevölkerung durch die seit 11 Wochen fast gänzlich eingestellte Müllabfuhr heraufbeschrieben werden. Eine Einigung zwischen dem streikenden Personal und der Wirtschaftsgenossenschaft der Berliner Grundbesitzer ist immer wieder durch das schamhafte Verhalten der in dieser Genossenschaft vereinigten Berliner Hausbesitzer hintertrieben worden. Sie geben sich noch immer der Hoffnung hin, daß es ihnen mit Hilfe der Behörden gelingen wird, die Front der Streikenden zu durchbrechen. Große Hoffnungen setzen sie dabei in die Hilfe der Stichorganisations der Technischen Nothilfe. Obwohl diese aber seit bereits 14 Tagen tätig ist, kann von einer Abnahme des Mülls auf den Berliner Höfen, der sich dort schreckensvoll ausbreitet, nichts bemerkt werden. Auch der Versuch, durch andere Streikbrecher die Arbeit ausführen zu lassen, ist als gescheitert zu betrachten, weil für die schwere Arbeit nur ganz besonders kräftige und mit der Art der Tätigkeit vertraute Leute in Frage kommen. Trotz der völligen Unmöglichkeit, auf diese Weise endlich wieder eine gewisse Müllabfuhr herbeizuführen, geschieht von den Behörden nichts, um den unhaltbaren Zustand ein Ende zu bereiten. Die Folge davon ist, daß die Berliner Bevölkerung un'er der bei der fehlenden trockenen Bitterung auftretenden Staublauge außerordentlich leidet. Ebenso bilden die Müllhaufen nicht nur eine starke Förderung der Mottenplage, sondern auch eine Vagallendbrutstätte schlimmer Art.

Diese durch die Untätigkeit der Behörden mit verschuldeten Zustände werden in einer ganzen Anzahl von Berliner Häusern an den verschiedensten Stellen der Stadt noch vergrößert, weil in diesen mit der letzten Frostperiode an der Ver- und Entwässerung aufgetretenen Störungen nicht beseitigt wurden. Die Bewohner dieser Häuser sind verschiedenen gezwungen, ihren Wasserbedarf dauernd am Straßenspringbrunnen zu decken. Die Springbrunnen befinden sich oftmals in einem völlig unbrauchbaren Zustand. Wir berichteten über die buchstäblich zum Himmel stinkenden Zustände in Häusern in der Gartenstraße und in der Bödikerstraße. Heute wird uns ein ähnlicher Fall aus der Oststraße gemeldet.

Die Mieter des Hauses Oststraße 23 schreiben uns, daß sie infolge der Verwahrlosung des Hauses durch den 70 Jahre alten Verwalter seit geraumer Zeit in Bezug auf Unversehrtheit an so manchen gemüht worden sind. Daß die Zustände in dem Hause seit der Einleitung der Zwangsverwaltung im Januar d. J. bis zum Unerträglichsten sich verschlimmert haben. Der Zwangsverwalter sieht seine einzige Aufgabe in der regelmäßigen Einbringung der Mieten nebst Zuschlägen. Gas- und Wasserleitungen, die unversehrter waren, sind erst nach 5 Wochen ausgetauscht worden. Die Wasserleitungen, die sich auf dem Hof befinden, sind in einem nicht gebrauchsfähigen Zustand. Die Hausbewohner sind gezwungen, ihre Bedürfnisse in den Wohnräumen zu verrichten. Die Exkremente werden auf den Hof gelassen und die großen Müllberge geschüttet. Dieser stinkt infolgedessen einen entsetzlichen Gestank aus und macht den Aufenthalt in den Wohnungen fast unmöglich. Abgesehen von diesen Zuständen sind auch andere Anlagen des Hauses derart beschädigt, daß die Bewohner derselben nur mit Mühe diesen Unfällen entgehen. Das Dach des Hauses ist völlig durchlöchert, die Bewohner des dritten Stockes sind gezwungen, bei Regenwetter während des schließlichen Schirms über dem Kopf aufzuspannen.

Die Mieter des Hauses haben aus den vorher erwähnten Gründen die Mietzahlung für Februar und März eingestellt. Der Zwangsverwalter beschließt nunmehr, gegen die Mieter die Räumungsklage einzubringen. Die Mieter hoffen, daß das Gericht dem geforderten Verlangen des Zwangsverwalters entspricht und sie zur Räumung der Wohnungen verurteilt. Sie gehen dabei von der Ansicht aus, daß die Räumung jeder anderen Wohnung, die durch das Wohnungsamt erfolgen muß, sich nicht in einem so menschenwürdigen Zustand befinden kann, wie die zur Zeit bewohnten.

Da aber nicht nur die Mieter des Hauses Oststraße 23 unmittelbar betroffen werden, sondern dieser Zustand eine Gefahr für die gesamte Bevölkerung der Umgebung bildet, muß verlangt werden, daß die Behörden, ohne sich um Zuständigkeitsfragen zu streiten, sofort das Erforderliche veranlassen, um diesen Zustand zu beseitigen.

Der neugeborene Hauswirt

Trotz allen Gejamers der Groß-Berliner Hauswirte gibt es neben den valuarischen Ausländern auch noch genug Inländer, die Hausgrundstücke kaufen. Es kommen hierbei etwa zwei Drittel Ausländer und ein Drittel Inländer in Betracht. Bei den Verkäufen an Inländer gehen die Grundstücke vorwiegend an Einzelpersonen, nur zu etwa einem Viertel an Gesellschaften über. Inländer, die ihr im Kriege und nach dem Kriege erwirtschaftetes Geld vor dem Zugriff des Staates in Sicherheit bringen wollen, da man ihnen nach ihrer Meinung die Steuerliche nicht forttragen kann, kaufen fast immer ohne irgendwelchen besonderen Zwang, lediglich auf Spekulation, was leider die Mieteingangsämter so gut wie gar nicht berücksichtigen. Sie behandeln diese neugeborenen Hauswirte und Hausbesitzer, die sich gewöhnlich als radikalsten Ausländerer der Mieter zeigen, genau so wie den wirklich leidenden kleinen Hausrentner, der, wenn er im betagten Alter keine andere Einnahmequelle hat, von den Hauseinnahmen selbstverständlich nicht mehr leben kann.

Während Ausländer mit Hilfe ihrer Valutagewinne große Summen anbieten und oft mehr als die Hälfte des Hauswertes, wie er am 1. Juli 1914 zu Buch stand, bar auszahlen, bringen Inländer vielfach mit lächerlich geringen Summen, genau wie in Friedenszeiten, ein Haus nominell in ihren Besitz. Sie wissen ja, daß sie einen Restbetrag an den hohen Hypothekenzinsen mit dem berücksichtigten 10 der Höchstmietenverordnung auf die Mieter abwälzen können, und lassen im übrigen läßt auf Freigabe der Wohnungswirtschaft, die es ihnen ermblichen soll, aus dem Spekulationskauf erst den richtigen Nutzen zu ziehen. Manche Inländer, die auf diese Weise in den letzten drei Jahren ein Haus kauften, haben aber mit hohem Aufschrei schon wieder an Ausländer verkauft oder sie lassen jetzt auf Kosten der Mieter das Haus instand setzen und wollen dann an Ausländer verkaufen. Auch das Reichsministerium hat diese Häuserverkäufe, unter denen die betroffenen Mieter schwer zu leiden haben, nicht genügend berücksichtigt.

Die Belastung des Stadt-, Ring- und Vorortverkehrs

Wie bereits kürzlich gemeldet, ist nur von der Einführung der elektrischen Zugförderung auf den Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahnen eine wesentliche Verkehrsverbesserung zu erwarten. Der Stadtbahnbetrieb in seiner augenblicklichen Gestalt ist erheblicher Verbesserungen nicht mehr fähig. Seine Belastung ist zurzeit so stark, daß jede Steigerung unmöglich ist, auch dort, wo man bei den zuständigen Stellen von der Notwendigkeit seiner Verbesserung überzeugt ist. Für den Stadtbahnbetrieb sind die östlichen Vorortstrecken maßgebend, für die 22 Züge vorgesehen sind. Dieser Umfang ist notwendig mit Rücksicht auf die Belastung der Züge und auf die Förderung der Wohnkonzentration und der Volksgesundheit. Mit weiteren zwei Zügen für den Arbeiterverkehrsverkehr vom Nordring verkehren auf der Stadtbahn stündlich 24 Züge, was einer Auslastung von 2 1/2 Minuten entspricht. Der Ringbahnbetrieb wird während des Berufsverkehrs bis auf 16 Züge stündlich auf dem Nordring und auf 12 bzw. 10 Züge auf dem Südring ergänzt. Mit diesen Zugablen, die 2 1/2 bzw. 5- und 6-Minutenbetrieb bedingen, ist der Ring voll belastet. Gewisse Verbesserungen für den Verkehr

auf der Stadt- und Ringbahn seien durch Venten in Stroan, Hummelshagen und Reichshagen geschaffen werden. Erhebliche Verbesserungen werden aber nur durch Einführung des elektrischen Verkehrs möglich sein.

Aus dem Publikum wird unter dem Hinweis auf den Vorortverkehr nach Potsdam und auf die Hannseebahn immer wieder die Forderung erhoben, auch auf anderen Vorortstrecken schnellfahrende Züge einzurichten. Die Eisenbahndirektion sieht jedoch am dem Standpunkt, daß sich diese Forderung zurzeit nicht erfüllen läßt, da schnellfahrende Vorortzüge einmal den sonstigen Vorort- und Fernverkehr hemmen, und weil andererseits in den Zeiten des Berufsverkehrs die Fern- und Fernbahnstrecken nicht mehr ausnahmsfähig sind. Außerdem würden noch erhebliche Bauten zum Ueberbau von den Vorort- auf die Fernstrecken erforderlich sein. Der Zeitgewinn durch schnellfahrende Vorortzüge würde aber höchstens nur 10 bis 15 Minuten betragen. Immerhin soll diese Frage noch weiter eingehend geprüft werden.

Stadtbaurat und Magistrat

Ueber die Frage der Organisation des städtischen Werks hatte der Magistrat einen Entwurf ausgearbeitet, den die Stadtverordnetenversammlung einem Ausschuss zur Beratung überwies. Stadtbaurat Horten hatte in der Sitzung dieses Ausschusses als Vertreter des Magistrats zu sprechen. Der Stadtbaurat hatte zu gleicher Zeit auch einen eigenen Entwurf ausgearbeitet, da er sich als Organisator der städtischen Werke von der Stadtverordnetenversammlung getrennt glaubte. In der Sitzung nun sprach er nicht für die Vorlage des Magistrats, sondern für seinen eigenen Entwurf. Nachdem der Oberpräsident den Entwurf des Stadtbaurats verurteilt hatte, sprach er über die Frage des Betriebs wegen nichtwiderlicher Handlung. Der Stadtbaurat legt darauf beim Oberverwaltungsgericht Klage ein, wurde jedoch nurmehr mit seiner Klage abgewiesen. Das Gericht erklärte, daß der Magistrat ein einheitliches Kollegium und daß es einem Vertreter dieses Kollegiums nicht gestattet sei, gegen die Entscheidungen des Magistrats Stellung zu nehmen.

Volkshochschule Groß-Berlin

Der Arbeitsplan für die nächste, am 20. April beginnende Lehrperiode ist heute erschienen. Er enthält die Ankündigung von überaus zahlreichen Kursen und Arbeitsgemeinschaften aus den verschiedensten Gebieten der Wissenschaft, Technik, Kunst, Musik und Literatur. Auch Vorträge, Wanderungen und Museumsführungen sind vorgesehen. Die einzelnen Veranstaltungen verteilen sich auf eine große Reihe von Lehrstätten in allen Stadtteilen, ein Viertel, der angesichts der hohen Fahrpreise sicher nicht gering zu veranschlagen ist. Die Hörgelder betragen 1 Mark für eine Stunde, so daß die Vortragsreihe von acht Abenden zu 1 1/2 Stunden 12 Mark kostet. Vorträge und Arbeitspläne (kostenlos) sind außer in der Geschäftsstelle der Volkshochschule Groß-Berlin, Georgenstraße 34 35, in den Buchhandlungen „Vorwärts“ und „Freiheit“, sowie in der Volkshilfen-Buchhandlung erhältlich. Das große Vorlesungsverzeichnis kostet 1 M.

Der Trost wegen der Willkür der Abrechnungen bei der Treuhandgesellschaft in Spandau, der die der Tage das Gericht heftigst hat, endete mit der Verurteilung von drei Jahren Ankerstrafe. Es handelte sich um die Verkleidung von optischem Heeresgerät im Werte von ca. einer Million Mark. Das unter letzter Woche als Unversucht aus dem Lager der Reichstreuhandgesellschaft in dem ehemaligen Feuerwerk-Laboratorium herausgeholt worden war und verhandelt werden sollte. Nach längerem Verhandlung erkannte die Strafkammer des Landgerichts III gegen die Hauptangeklagten Kinkel und Verleugung auf je ein Jahr Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust, gegen acht Angeklagte auf je neun Monate, gegen drei Angeklagte auf je zwei Monate Gefängnis und gegen den Angeklagten Garmert Schröder auf Freisprechung.

Ein Verbrechen in Berlin. Die bekannte schwedische Notar-Kreuzschule der Elsa Brand, röm, die sich durch ihre aufsehenerregende Fürsorge an den Kriegsgewunden aller Nationen in Evidenz besondere Verdienste erworben hat, ist in Berlin eingetroffen.

Die Jugendschutzkreuzberg für Kriegsschädigte und Kriegshinterbliebene zahlt seit dem 1. d. Mts. die Feuerungszuschüsse an Kriegs hinterbliebene, und zwar Kriegsschädigte, die im Bereiche des Bezirksamts Kreuzberg wohnen, diese Zuschüsse in doppelter Höhe und in der in der hollmannstr. 15, nachmittags 4-7 Uhr. Näheres siehe Anschläge.

Mißhandelt und beraubt. In der vergangenen Nacht gegen 1 Uhr wurde der Reaurateur Wilhelm Schindke aus der Langestraße vor dem Hause Reppenstraße 13 durch den 29 Jahre alten Arbeiter Ernst Finke überfallen, mißhandelt und seiner Brieftasche mit 2000 M. Inhalt beraubt. Auf die Hilferufe des Überfallenen eilten Schutzpolizisten herbei, die den Täter festnahmen.

Gewerkschaftliches

Der Ruf nach Einigkeit!

Forderungen des Beirats des Textilarbeiterverbandes.

Die letzte städtische Sitzung des Beirats des Textilarbeiterverbandes, über die wir bereits summarisch berichtet haben, nahm verschiedene Resolutionen an, die sozialpolitische und wirtschaftspolitische Forderungen erheben und weiter den Ruf nach Einigkeit der Arbeiterklasse ergießen lassen.

Eine Resolution fordert den Vorstand des DGB auf, intensiver als bisher die am 15. November 1921 ausgestellten zehn Forderungen: Rettung des Reiches an den Schwelgen, Sozialisierung des Kohlenbergbaus, Neuordnung der Verkehrsmittelunternehmen usw., vor der Öffentlichkeit zu propagieren und in ihren sozialistischen Parteien sowie den Regierungen gegenüber zu vertreten. Die Mitglieder des Bundesvorstandes werden aufgefordert, weniger das Interesse ihrer politischen Partei zu vertreten, sondern sich ausschließlich nur vom gewerkschaftlichen Interessenstandpunkt der Gesamtarbeiterklasse leiten zu lassen. Der Beirat fordert weiter die Arbeiterklasse auf, die Beendigung des Bruderkampfes im Interesse des Vaterlands herbeizuführen und die sozialistischen Parteien in den Parlamenten zu vereinen, die Bildung von Arbeitsgemeinschaften zur Erzielung einheitlichen Handelns in die Wege zu leiten.

Weiter wandte sich der Beirat gegen den arbeitserfindlichen Geist der ganzen Sozialgesetzgebung und fordert die Zusammenschließung der vielen einzelnen Oligarchen zu einem großen einheitlichen Oligarchenwerk. Einmütig wurde die Schlichtungsordnung mit ihrem berühmtesten Paragraphen 55 sowie der Arbeitsvertragsgesetzgebung mit seinem ominösen Paragraphen 18, die eine Einschränkung des Streikrechts vorsehen, verurteilt. Energetischer Protest wird erhoben gegen die gesetzgeberische Absicht, Schabenertrag und Bußpflicht den Gewerkschaften aufzuerlegen.

Der Beirat lehnt auch die Forderung der Textilindustriellen nach Einführung des Familienlohnes ab, erklärt, daß der Soziallohn notwendig zu einer Senkung des allgemeinen Lohnniveaus führt, und tritt für sozialgesetzgeberische Maßnahmen des Reiches ein, die zum Inhalt haben den Schutz und die Unterstützung der Familienvorsteher, wie Steuerbefreiungen, Schularbeitsstellen, Schulleistungen, Schulbildung, Freifahrten, freie Lehrentgelte, Fürsorge mittels Kinderversicherung nach österreichischem Muster usw.

Diese konkreten Forderungen müßten sich alle Gewerkschaftler zu eigen machen und für deren Durchführung eintreten.

Die auch den gemeinsten Kampfbojen schollen auf dem sich die Arbeiterklasse finden wird nur so kann ein neuer Aufstieg auf der ganzen Linie vor sich gehen.

Delegiertensammlung des F.D.M.

Die am 14. März in den Muster-Bezirken stattgehabene außerordentliche Delegiertensammlung des F.D.M. nahm zu der vom Hauptvorstand vorgeschlagenen Erhöhung der Beiträge Stellung. Es trübte erstattete den Bericht von den Sitzungen des Beirats. Die vorangehende Steigerung sämtlicher Unkosten hat dazu geführt, daß der Verband in diesem Jahre mit einem Defizit arbeitet. Der Hauptvorstand schlägt deshalb eine Erhöhung der Beiträge ab 1. April inkl. des Ortszuschlags von 15-45 M. in der höchsten Klasse pro Monat vor.

Von Seiten der Ortsverwaltung wurde bemängelt, daß diese Erhöhung nicht so rechtzeitig bekannt gegeben wurde, daß die Mitglieder selbst dazu Stellung nehmen können.

Nachdem in langer Debatte sich die Redner gegen eine Erhöhung der Beiträge, insbesondere gegen den vorliegenden Beschluß des Hauptvorstandes wandten, der eine so wichtige Frage unter Ausschluß der Mitglieder zu lösen glaubte, wurde der Antrag der Ortsverwaltung auf Erhöhung der Ortszuschläge angenommen, jedoch konnte der des Hauptvorstandes nicht zur Abstimmung gebracht werden, da die Mitglieder vorzeitig den Saal verließen.

Erhebung in der Landtschaftsbezirk

Nach der Mitteilung der Vereinigung der Gartenordnerinnen und Landchaftsgärtnerinnen sowie der Weigerung der Gruppe Berlin des Verbandes Feuilleter Gartenbauvereine, Tarifabschlüsse zu tätigen, war die Arbeiterorganisation genötigt, mit den einzelnen Firmen Abmachungen zu treffen. Diese sind jetzt abgeschlossen bzw. fast abgeschlossen. Die mit den Arbeitgebern geführten Verhandlungen über die Neuordnung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse führten zu keiner vollständigen Einigung. Durch die im letzten Jahre zu verzeichnende ungünstige Konjunktur war die Arbeiterklasse gezwungen, sich mit geradezu erbärmlichen Löhnen abzufinden. Die Erhellung der Kollegenchaft ist außerordentlich stark. Man ist gewillt, die jetzt aufreißenden Forderungen, welche für die Landchaftsgärtnerinnen 13,00-18 Mark und für die Handlungsgärtnerinnen 12,00 M. pro Stunde betragen, unter allen Umständen aufrecht zu erhalten. Falls nicht in letzter Stunde eine Veränderung erzielt wird, ist der Streik in beiden Branchen unausweichlich. Die Voraussetzungen für die Durchführung der Forderungen sind in diesem Jahre außerordentlich günstig. In der Kollegenchaft muß es liegen, die noch abseits Stehenden für die Bewegung zu gewinnen. In zwei Versammlungen, für die Handlungsgärtnerinnen am Sonnabend, den 18. d. Mts., abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus und für die Landchaftsgärtnerinnen am Sonntag, den 19. d. Mts., vorm. 9 1/2 Uhr, in Heroldsberg-Hallen, soll zu dem Streik ergütig Stellung genommen werden.

Parteiveranstaltungen

Sonnabend, den 18. März

18. Ortsgruppenversammlung (Tempelhof, Alexander-Platz, Cölln) 7 1/2 Uhr. Die Delegiertenversammlung des F.D.M. in Berlin. Die Delegiertenversammlung des F.D.M. in Berlin. Die Delegiertenversammlung des F.D.M. in Berlin.

18. Ortsgruppenversammlung (Tempelhof, Alexander-Platz, Cölln) 7 1/2 Uhr. Die Delegiertenversammlung des F.D.M. in Berlin. Die Delegiertenversammlung des F.D.M. in Berlin. Die Delegiertenversammlung des F.D.M. in Berlin.

18. Ortsgruppenversammlung (Tempelhof, Alexander-Platz, Cölln) 7 1/2 Uhr. Die Delegiertenversammlung des F.D.M. in Berlin. Die Delegiertenversammlung des F.D.M. in Berlin. Die Delegiertenversammlung des F.D.M. in Berlin.

18. Ortsgruppenversammlung (Tempelhof, Alexander-Platz, Cölln) 7 1/2 Uhr. Die Delegiertenversammlung des F.D.M. in Berlin. Die Delegiertenversammlung des F.D.M. in Berlin. Die Delegiertenversammlung des F.D.M. in Berlin.

Jugendbewegung

18. Ortsgruppenversammlung (Tempelhof, Alexander-Platz, Cölln) 7 1/2 Uhr. Die Delegiertenversammlung des F.D.M. in Berlin. Die Delegiertenversammlung des F.D.M. in Berlin. Die Delegiertenversammlung des F.D.M. in Berlin.

18. Ortsgruppenversammlung (Tempelhof, Alexander-Platz, Cölln) 7 1/2 Uhr. Die Delegiertenversammlung des F.D.M. in Berlin. Die Delegiertenversammlung des F.D.M. in Berlin. Die Delegiertenversammlung des F.D.M. in Berlin.

18. Ortsgruppenversammlung (Tempelhof, Alexander-Platz, Cölln) 7 1/2 Uhr. Die Delegiertenversammlung des F.D.M. in Berlin. Die Delegiertenversammlung des F.D.M. in Berlin. Die Delegiertenversammlung des F.D.M. in Berlin.

Arbeiter-Sport

18. Ortsgruppenversammlung (Tempelhof, Alexander-Platz, Cölln) 7 1/2 Uhr. Die Delegiertenversammlung des F.D.M. in Berlin. Die Delegiertenversammlung des F.D.M. in Berlin. Die Delegiertenversammlung des F.D.M. in Berlin.

Vereinskalender

Freitag, den 17. März

18. Ortsgruppenversammlung (Tempelhof, Alexander-Platz, Cölln) 7 1/2 Uhr. Die Delegiertenversammlung des F.D.M. in Berlin. Die Delegiertenversammlung des F.D.M. in Berlin. Die Delegiertenversammlung des F.D.M. in Berlin.

18. Ortsgruppenversammlung (Tempelhof, Alexander-Platz, Cölln) 7 1/2 Uhr. Die Delegiertenversammlung des F.D.M. in Berlin. Die Delegiertenversammlung des F.D.M. in Berlin. Die Delegiertenversammlung des F.D.M. in Berlin.

18. Ortsgruppenversammlung (Tempelhof, Alexander-Platz, Cölln) 7 1/2 Uhr. Die Delegiertenversammlung des F.D.M. in Berlin. Die Delegiertenversammlung des F.D.M. in Berlin. Die Delegiertenversammlung des F.D.M. in Berlin.

18. Ortsgruppenversammlung (Tempelhof, Alexander-Platz, Cölln) 7 1/2 Uhr. Die Delegiertenversammlung des F.D.M. in Berlin. Die Delegiertenversammlung des F.D.M. in Berlin. Die Delegiertenversammlung des F.D.M. in Berlin.

Sonnabend, den 18. März

18. Ortsgruppenversammlung (Tempelhof, Alexander-Platz, Cölln) 7 1/2 Uhr. Die Delegiertenversammlung des F.D.M. in Berlin. Die Delegiertenversammlung des F.D.M. in Berlin. Die Delegiertenversammlung des F.D.M. in Berlin.

18. Ortsgruppenversammlung (Tempelhof, Alexander-Platz, Cölln) 7 1/2 Uhr. Die Delegiertenversammlung des F.D.M. in Berlin. Die Delegiertenversammlung des F.D.M. in Berlin. Die Delegiertenversammlung des F.D.M. in Berlin.

100 Krankheitsfälle

Der kleine Samariter

mit einem Anhang: Anleitung zur Einrichtung einer Hausapotheke

Preis 1,50 Mark

Buchhandlung „Freiheit“, Berlin G2, Breite Straße 3-9